

18. Wahlperiode

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

Zeitnah zu realisierende Straßenbahn-Neubaumaßnahmen
Drucksachen 18/0249 und 18/0459

Senatsverwaltung für Umwelt,
Verkehr und Klimaschutz
IV C 34
Tel.: 9025 1488

An das

Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

-zur Kenntnisnahme -

über

Zeitnah zu realisierende Straßenbahn-Neubaumaßnahmen in Berlin
- Drucksachen Nrn. 18/0249 und 18/0459

Der Senat legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor.

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 06.07.2017 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus halbjährlich, beginnen zum 31. Oktober 2017 über den Sachstand der folgenden Straßenbahn-Neubaumaßnahmen, die zeitnah realisiert werden sollen, zu berichten:

- Verbindung Hauptbahnhof – U-Bahnhof Turmstraße
- Trassenverlegung Ostkreuz
- S-Bhf. Schöneweide – Wista Adlershof
- Ausbau zum S-Bhf. Mahlsdorf.

Zudem wird der Senat aufgefordert, die Vorbereitung der entsprechenden Planfeststellungsverfahren so zu beschleunigen, dass alle Planfeststellungsverfahren noch im Jahr 2017 eröffnet werden können.“

Hierzu wird berichtet:

Die Planfeststellungsunterlagen für die geplante Straßenbahnneubaustrecke Hauptbahnhof – U-Bahnhof Turmstraße und die Trassenverlegung zur Anbindung des Bahnhofs Ostkreuz sind in einer Entwurfsfassung durch die Berliner Verkehrsbetriebe AöR (Vorhabenträger) fertig gestellt. Diese Unterlagen wurden durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz einer Vorprüfung unterzogen. Derzeit werden durch die Berliner Verkehrsbetriebe AöR vor der offiziellen Einleitung der Planfeststellungsverfahren Schlusskorrekturen im Interesse eines rechtssicheren Verfahrens durchgeführt. Hierbei handelt es sich sowohl um redaktionelle Anpassungen sowie auch um Ergänzungen und Ausführungen zu einzelnen Abschnitten der Planfeststellungsunterlagen. Für das Projekt S-Bahnhof Schöneweide – Karl-Ziegler-Straße (Adlershof II) steht diese Vorprüfung der Unterlagen in den nächsten Wochen an.

Es ist zielführend Unterlagen vor der offiziellen Einleitung der Planfeststellungsverfahren und der öffentlichen Auslegung der Unterlagen detailliert geprüft und auf die aktuellste Rechtsprechung angepasst zu haben. In einem Planfeststellungsverfahren ist jede Anpassung wesentlich aufwendiger, komplexer und zeitintensiver als im Vorfeld. Nach derzeitigem Kenntnisstand der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz wird davon ausgegangen, dass die Verfahren für die genannten Projekte in diesem Jahr offiziell eingeleitet werden.

In Abhängigkeit von den jeweiligen Planfeststellungsverfahren wird die Inbetriebnahme in den Jahren 2020 / 2021 angestrebt.

Die gemeinsam mit dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf erarbeitete Straßenbahn- und Straßenbaumaßnahme „Verkehrslösung Mahlsdorf“, die auch den zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn im Ortskern Mahlsdorf sowie die Verlängerung der Straßenbahn bis zum S-Bahnhof Mahlsdorf beinhaltet, wurde wegen fehlender politischer Zustimmung im Bezirk in den Jahren 2011 bis 2016 ruhend gestellt.

Unverändert zeigt sich die dringende Handlungsnotwendigkeit auf Grund von

- infrastrukturellen Restriktionen, die einen 10-Minuten Takt im Straßenbahnverkehr ausschließen,
- fehlenden barrierefreien Straßenbahnhaltestellen,
- einer unattraktiven Umsteigesituation am S-Bahnhof Mahlsdorf,
- funktionalen Defiziten im Straßenzug Hönower Straße - Hultschiner Damm durch Überstauung der Knotenpunkte, insb. am Knoten zur B1/B5,
- erheblicher Lärmbelastung der Anwohner*innen,
- fehlender Aufenthaltsqualität im Straßenraum,
- einer fehlenden verkehrssicheren Radverkehrsführung und
- einer fehlenden Erschließung für die im Umfeld geplante städtebauliche Entwicklung.

Nachdem 2016 durch die Hausleitung der damaligen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt der Auftrag erteilt wurde, kurzfristig an der Verkehrslösung Mahlsdorf weiter zu arbeiten, begannen die Senatsverwaltung sowie die Berliner Verkehrsbetriebe AöR die weiteren Planungsschritte vorzubereiten.

Um die politische Blockadehaltung im Bezirk aufzulösen, gab es im August und September 2017 Gespräche zwischen der Hausleitung der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Abgeordneten der Koalitionsfraktion, der Bezirksbürgermeisterin sowie weiteren politischen Akteuren des Bezirks.

Es wurden weitere kurzfristige Abstimmungen auf Fachebene sowie auf politischer Ebene vereinbart. Hierzu wird die Entscheidung über die Trassenwahl erneut transparent aufbereitet.

Würden unverzüglich alle Schritte zur Planung und Vorbereitung der Planfeststellungsverfahren für die Verkehrslösung Mahlsdorf unternommen werden, könnten sie möglicherweise im Jahr 2019 eingeleitet werden.

Ich bitte, den Beschluss für das Jahr 2017 damit als erledigt anzusehen.

Berlin, den 13.10.2017

Günther

.....
Senatorin für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz